

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung (WBF)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

5. Juli 2021

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz, UEG)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF hat uns mit Schreiben vom 28. April 2021 den Vorschlag zum neuen Unternehmensentlastungsgesetz (UEG) unterbreitet. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir haben Ihren Vorschlag geprüft und sind damit einverstanden. Wir teilen die Ansicht, dass die Unternehmen administrativ entlastet werden sollen. Wir sind der Meinung, dass insbesondere die zentrale Plattform für Behördenkontakte ein grosses Potenzial zur Senkung der administrativen Kosten hat.

Mit dem UEG sollen insbesondere die KMU entlastet werden, welche für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand der Schweiz von zentraler Bedeutung sind.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig. Andreas Eng
Staatschreiber